



Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Parteifreundinnen,

liebe Parteifreunde,

in Berlin ist die letzte reguläre Sitzungswoche zuende gegangen, über die ich Ihnen in meiner neuesten Ausgabe des Berichts aus Berlin informiere. Wie üblich gebe Ihnen auch einen Einblick über meinen Einsatz für Mannheim. Jederzeit können Sie auch einen Überblick über meine politische Arbeit auf meiner Homepage oder auf meiner Facebookseite gewinnen.

Ihr

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Ehe für alle
2. Letzte Rede im Plenum des Deutschen Bundestages
3. Fortsetzung von Einsätzen deutscher Streitkräfte
4. Relevantes aus Mannheim und der Region

1. Ehe für alle

In zweiter und dritter Lesung hat der Deutsche Bundestag dem Gesetzentwurf des Bundesrates zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts beschlossen. Hierbei handelt es sich um eine der kontroversersten Abstimmungen in der 18. Legislaturperiode. Da es sich um eine Gewissensentscheidung handelt, war der sogenannte Fraktionszwang aufgehoben. Ich habe im Vorfeld der Abstimmung annähernd eintausend E-Mails erhalten, in denen ich um Abstimmung in die eine bzw. andere Richtung gebeten wurde. Schließlich habe ich mich entschlossen, gegen den Gesetzentwurf zu stimmen. Hiermit werden nicht alle Bürgerinnen und Bürgern einverstanden sein. Dennoch möchte ich darstellen, was mich zu meiner Entscheidung bewogen hat. Der Weg zur Abstimmung ist aus meiner Sicht nicht korrekt gewesen. Das Gesetz wurde quasi im parlamentarischen Eilverfahren durchgepeitscht, obwohl doch gerade die öffentliche Kontroverse gezeigt hat, daß hier aufgrund vieler ungeklärter Fragen noch weitere Beratungen und auch eine breite gesellschaftliche Diskussion vonnöten gewesen wären. Zwar fand die erste Lesung zu diesem Gesetzentwurf in der 18. Legislaturperiode statt, aufgrund der Uneinigkeit der Koalitionspartner war jedoch nicht davon auszugehen, daß es in zweiter und dritter Lesung beraten und verabschiedet wird. Aus wahltaktischen Gründen hat unser sozialdemokratischer Koalitionspartner nun das Thema mit Hilfe der Opposition in der letzten regulären Sitzungswoche vor der Bundestagswahl auf die Tagesordnung gesetzt, um den Eindruck zu vermitteln, politische Gestaltungskraft zu besitzen. Einen Eindruck, den man in den vergangenen vier Jahren nicht häufig gewinnen konnte. Ich halte jedoch das Thema sowohl für Befürworter als auch für Gegner für viel zu bedeutend, als daß es innerhalb einer Woche entschieden werden kann. Meine Zweifel am bisherigen Verfahren sind verknüpft mit Zweifeln am noch auf uns zukommenden Verfahren und mit inhaltlichen Zweifeln. So ist fraglich, ob eine Änderung von Artikel 6 Grundgesetz erforderlich ist, der die Ehe als Vereinigung zwischen einem Mann und einer Frau definiert. Ungeklärt ist auch, ob die Gesetzesänderung einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht standhält. Inhaltlich ist fraglich, wie weit nach dieser Gesetzesänderung die Tore geöffnet werden können. Ist nun auch eine Änderung und eine vollständige Gleichstellung im Adoptionsrecht erforderlich? Für wie lange kann man die „Ehe für alle“ noch auf zwei Menschen begrenzen? Denn der Anteil der in Deutschland Lebenden, die aus einem Kulturkreis stammen, in dem mehrere Personen miteinander verheiratet sein können, wird in den kommenden Jahren aufgrund der demographischen Entwicklung zunehmen.

Es liegt mir fern, bei diesem sensiblen Thema polemisch zu sein. Ich möchte auch niemanden diskriminieren und keine Lebensentwürfe kritisieren. Wer dies tut,

disqualifiziert sich selbst. Ich hoffe nur, daß es mir gelungen ist, darzulegen, was mich zu meinem Abstimmungsverhalten bewogen hat.

2. Letzte Rede im Plenum des Bundestages

Die letzte reguläre Sitzungswoche der 18. Wahlperiode war auch die Woche, in der ich meine letzte Rede im Plenum des Deutschen Bundestages gehalten habe. In meiner Funktion als Außenpolitiker habe ich zu Anträgen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die LINKEN gesprochen, in denen Forderungen nach Abrüstung und nach einer Reduzierung von Atomwaffen erhoben wurden. Die Rede finden Sie auf meiner Internetseite unter <https://www.egon-juettner.de/berlin/reden/>. Alternativ können Sie sich die Rede auch über die Internetseite des Deutschen Bundestages anschauen:

<https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7124990#url=L21ZGlhdGhla292ZXJsYXk=&mod=mediathek>

3. Fortsetzung militärischer Einsätze deutscher Truppen im Ausland

Ebenfalls in dieser Woche hat der Bundestag die Fortsetzung der deutschen Beteiligung sowohl an der EUNAVFOR MED Operation SOPHIA als auch an der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) beschlossen. Die Operation SOPHIA erfolgt im Rahmen der Gesamtstrategie der EU zur Bekämpfung der kriminellen Aktivitäten der Menschen Schleuser im Mittelmeer. Die personelle Obergrenze verbleibt unverändert bei 950 Soldaten. Der Einsatz unserer Soldaten ergänzt vielfältige Bemühungen der Bundesregierung, den Schutz und die Grundversorgung von Flüchtlingen und Migranten zu verbessern und Fluchtursachen konsequent zu bekämpfen.

Die deutsche Obergrenze von 300 Soldaten für die VN-Mission UNIFIL im Libanon bleibt ebenfalls gleich. In namentlicher Abstimmung stimmte der Bundestag einer Verlängerung dieser Mission zu. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Libanon, dessen innerer Friede brüchig ist und dessen Sicherheit durch die unverändert unübersichtliche Lage in Syrien nachhaltig gefährdet ist.

4. Relevantes aus Mannheim und der Region

Ursulinengymnasium zu Besuch in Mannheim

25 Schülerinnen und Schüler des Ursulinengymnasiums besuchten auf meine Einladung hin den Deutschen Bundestag in Berlin. Die Gymnasiasten wurden von ihren Lehrerinnen Gudrun Monshausen und Daniela Franger begleitet. Als erstem Programmpunkt wohnten die Gäste einer Plenarsitzung bei, die sie gespannt von der Besuchertribüne aus verfolgten. Anschließend bot sich die Möglichkeit, die Dachterrasse und die Kuppel des Reichstagsgebäudes zu begehen. Der einzigartige Blick über Berlin diente als tolle Kulisse für zahlreiche Erinnerungsfotos. Da ich an diesem Tag an einer namentlichen Abstimmung teilnehmen musste, führte das darauffolgende Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern ein Mitarbeiter meines Abgeordnetenbüros. Besonderes Interesse weckte meine Tätigkeit als Außen- und Menschenrechtspolitiker. Die Ausführungen über Begegnungen mit ausländischen Politikern, meine Erfahrungen als Wahlbeobachter und die Erlebnisse in den Krisenregionen der Welt fanden die Mannheimer Gäste äußerst spannend. Mein Einsatz für Mannheim und meine Position zu aktuellen bundespolitischen Themen waren ebenfalls Gegenstand des Gedankenaustausches. Nach einem sehr politischen Nachmittag rundete ein Abendessen im Besucherrestaurant des Bundestages den Besuch ab.

Gemeinsame Bilanz mit Stefan Rebmann MdB

27 Jahre nach meinem ersten Einzug in den Bundestag sind Anlaß gewesen, eine kurze Bilanz zu ziehen. Wie Sie wissen, waren mir neben allem bundespolitischen Einsatz Ihre Anliegen und die aller Mannheimerinnen und Mannheimer immer am wichtigsten. Diese Priorisierung habe ich mit allen drei Mannheimer SPD-Bundestagsabgeordneten geteilt, mit denen ich parallel im Bundestag saß. Deswegen war es mir ein Anliegen, auf die gute Zusammenarbeit mit Stefan Rebmann hinzuweisen. Dies hat zu einer gemeinsamen Pressemitteilung geführt, die kontrovers diskutiert wurde. Die Heftigkeit der Reaktionen ist für mich – gerade in Zeiten einer Großen Koalition – nicht nachvollziehbar. Menschen schlagen unterschiedliche politische Wege ein und können gegensätzliche Auffassungen haben. Dies heißt noch lange nicht, daß man bei der Vertretung örtlicher Interessen

künstliche Fehden mit Kollegen austragen muß, nur weil sie einer anderen Partei angehören. Noch viel weniger sollte man diesen Kollegen den Respekt versagen. In all den Jahren habe ich mit den Abgeordneten der SPD immer gut zusammengearbeitet. Dies galt für Siegfried Vergin genauso wie es für Lothar Mark galt und wie es für Stefan Rebmann gilt. In der Politik sollte es Gegner und Kontrahenten geben, aber keine Feinde. Die gibt es nur im Krieg. Sportler reichen sich nach dem Spiel auch die Hand. Ich sehe also keinen Grund, weshalb ich nicht mit Stefan Rebmann in einer Hand Bilanz ziehen kann über die vergangenen vier Jahre. Im Folgenden der unveränderte Text unserer gemeinsamen Pressemitteilung:

Wenige Monate vor Ende der laufenden Legislaturperiode haben die Mannheimer Bundestagsabgeordneten Prof. Egon Jüttner, CDU, und Stefan Rebmann, SPD, eine positive Bilanz ihrer gemeinsamen Arbeit für Mannheim in Berlin gezogen. „Über die Parteigrenzen hinaus konnten wir uns, wenn es um die Mannheimer Interessen ging, immer auf ein gemeinsames Vorgehen verlassen“, so Stefan Rebmann, der das Ausscheiden Egon Jüttners aus dem Bundestag nach eigenem Bekunden bedauert und dem Kollegen für den anschließenden Ruhestand alles Gute wünscht.

Um Mannheim nach vorne zu bringen und der Stadt, den Bürgerinnen und Bürgern, Betrieben und Organisationen Mannheims von Berlin aus bestmöglich nützen zu können, habe man gerne an einem Strang gezogen, betonen beide Politiker. Als Beispiele ihrer Zusammenarbeit nannten sie u.a. ihren Einsatz gegen den Arbeitsplatzabbau bei verschiedenen Mannheimer Unternehmen, ihr gemeinsames Engagement um den Erhalt der Arbeitsplätze z.B. bei XXXLutz und GE, ihr vehementes Eintreten für einen verbesserten und wirksamen Lärmschutz auf den Bahnstrecken der Stadt und für eine sinnvolle Nutzung der Mannheimer Konversions-Areale. Aber auch die verschiedensten Anliegen aus der Bürgerschaft habe man oft gemeinsam über die jeweiligen Kontakte vertreten. „Bei aller politischen Unterschiedlichkeit – mir werden auch weiterhin die Interessen unserer Stadt mehr am Herzen liegen als parteipolitisches Geplänkel“, verspricht Rebmann, der auch in diesem Jahr für den Bundestag kandidiert. „Einen kompetenten und

warmherzigen Partner wie Prof. Jüttner werde ich dann leider nicht mehr an meiner Seite haben.“

Egon Jüttner sieht in Stefan Rebmann „einen verlässlichen und für Mannheim stets engagierten Kollegen“. Rebmann stehe damit in Nachfolge zu Lothar Mark, mit dem Jüttner dank einer koordinierten Zusammenarbeit die Abkoppelung Mannheims vom ICE-Fernverkehr verhindern konnte. Jüttner: „Ich habe Stefan Rebmann als Kollegen kennen- und schätzen gelernt, für den die Interessen Mannheims und die seiner Bürgerinnen und Bürger oberste Priorität haben. Parteipolitische Unterschiede haben uns nie davon abgehalten, gemeinsam die „Mannheimer Sache“ zu vertreten.“ Stefan Rebmanns „offene und engagierte Politik zugunsten von Mannheim sei ein „Glücksfall für unsere Stadt“.